

**Beschlüsse der 47. Europaministerkonferenz
am 12. November 2009
in Berlin**

TOP 5: Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Europawahlen 2009

Berichterstatter: Niedersachsen

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen die als Anlage beige-fügte Europawahlanalyse 2009 der UAG „Europapolitische Kommunikation“ zur Kenntnis.
2. Die Europaminister und -senatoren der Länder würdigen, dass insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene sowie im Bereich der Zivilgesellschaft umfangreiche Anstrengungen unternommen worden sind, um die Bürgerinnen und Bürger über die EU und die Europawahl 2009 zu informieren und zur Wahlteilnahme zu motivieren. Die vielfältigen Angebote wie z. B. Veranstaltungen, Kampagnen und Medienpartnerschaften haben dazu beigetragen, dass die Wahlbeteiligung an der Europawahl 2009 in Deutschland auf einem Niveau von rund 43 % gehalten und entgegen dem europaweiten Trend sogar leicht gesteigert werden konnte.
3. Die Europaminister und -senatoren der Länder erkennen in diesem Zusammenhang auch die vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments an. Sie bitten die beiden EU-Institutionen im Hinblick auf künftige Europawahlen, ihre Maßnahmen in Deutschland frühzeitiger zu beginnen und die Länder bei der Planung und Durchführung dieser Aktivitäten noch enger und rechtzeitiger zu beteiligen.
4. Die Europaminister und -senatoren der Länder regen gegenüber den EU-Institutionen und der Bundesregierung im Hinblick auf künftige Europawahlen an, den Bürgerinnen und Bürgern die EU mittels zielgruppenorientierter Kampagnen kontinuierlich und nachhaltig näher zu bringen. Sie regen ferner an zu prüfen, welche Änderungen des Europawahlrechts in Betracht kommen, um die

regionale Anbindung der Kandidatinnen und Kandidaten für das Europaparlament zu stärken.

5. Die Europaminister und -senatoren der Länder sprechen sich dafür aus zu prüfen, ob zur Verbesserung des koordinierten Vorgehens aller Akteure in der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit jährlich mindestens eine nationale Koordinierungskonferenz unter Beteiligung der EU-Institutionen durchgeführt werden soll.
6. Die Europaminister und -senatoren der Länder werden insbesondere gegenüber den regionalen und lokalen Medien weiterhin dafür werben, dass der europapolitischen Berichterstattung ein angemessener Stellenwert eingeräumt wird und regionale und lokale Bezüge europapolitischer Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger stärker transparent gemacht werden.
7. Die Europaminister und -senatoren der Länder bitten das Vorsitzland, diesen Beschluss der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zu übermitteln.